



Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow

Ämtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow. — Mitteilungsblatt der NSDAP. im Kreise Teltow.

Das Teltower Kreisblatt erscheint werktäglich. Bezugspreis monatlich RM. 1,60; durch Voten ins Haus gebracht RM. 1,85; durch die Post zugestellt RM. 1,96. — Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, Briefträger und unsere Nebenstellen im Kreise Teltow. — Anzeigen lt. aufsteigender Preisliste 15. — Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lühöfstr. 87. — Fernruf: B 2 Lühöf 0871. Zahlungen: Postcheckkonto Berlin Nr. 24919. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow - G., Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Edens letzte Station: Warschau

Polnische und englische Stimmen zu den Warschauer Besprechungen

Die Politik Pilsudskis

Was „Gazeta Polska“ sagt

Warschau, 2. April.

Die offiziöse „Gazeta Polska“ schreibt anlässlich des Beginns der Besprechungen mit Eden:

Dieser erste offizielle Besuch eines englischen Rabinetsmitgliedes in Polen erfolgt im Zusammenhang mit einer Periode schwerwiegender Verschiebungen in den politischen Beziehungen Europas just in dem Augenblick, wo das nach dem Kriege geschaffene Verfahren der Regelung politischer Fragen durch die Zusammenarbeit zwischen den Völkern — ein System, das man abgelehnt das Völkerverbundsystem nennen könnte — seine Feuerprobe abzulegen hat.

Um das allgemeine Problem zu lösen, das jetzt gelöst werden muß, können zwei Wege eingeschlagen werden: entweder müßte man das augenblickliche System verbessern, indem man Korrekturen anbringt, die der Wirksamkeit Rechnung tragen, oder man muß ein ganz anderes System neu schaffen. Das zweite Verfahren ist wesentlich schwieriger, denn um das Hauptziel, nämlich die Garantierung des Friedens zu erreichen, muß dieses System sowohl hinreichend umfassend als auch hinreichend elastisch sein.

Die Bemühungen der britischen Diplomatie scheinen sich durchaus in dieser Richtung zu bewegen, um wenigstens eine Lage in Europa sicherzustellen, die es erlaubt, die immer unermüdlichen Schwierigkeiten in künftighin gerader und wirkungsvoller Art zu beseitigen.

Die Informationsstelle Edens stellt in der langen Kette dieser Bemühungen eine wichtige Etappe dar. Darin beruht ihre Bedeutung. Wir wollen uns der Hoffnung hingeben, daß Eden mehr als einen Berührungspunkt zwischen den Auffassungen des britischen und des polnischen Rabinets finden wird. Das Bestreben, den Frieden zu erhalten und sicherzustellen, das Bestreben, aus dem internationalen politischen Leben alle Verwirrungen zu beseitigen, von denen zu befürchten stünde, daß sie den Frieden stören würden, das Bestreben, die Bildung einander feindlich gegenüberstehender Gruppierungen zu verhindern, ist ebenso der Leitgedanke der polnischen Regierung, wie er offenbar der des diplomatischen Vorgesetzten Großbritanniens ist.

Wir glauben auch, daß Eden in der politischen Atmosphäre Warschaws gewisse Verbindlichkeiten mit der politischen Atmosphäre Londons feststellen wird. In der Zeit hält sich die Politik Polens auf internationalem Gebiet frei von jeder Nervosität; sie ist vielmehr, ohne gegenüber dem Ernst der Lage blind zu sein, bereit und fähig, mit der Mäßigung, Klugheit und Festigkeit zu handeln, die augenblickliche schwierige Übergangsperiode zum Gebot der Stunde macht. Diese Ruhe und diese Zurückhaltung schaffen, wie wir glauben, eine Annäherung zwischen der auswärtigen

Politik Englands und Polens, und zwar nicht nur hinsichtlich der Ziele, sondern auch hinsichtlich des anzuwendenden Verfahrens.

Es ist kein Zufall, wenn die britische Ministerreise von London über Paris, Berlin und Moskau nach Warschau führte. Diese Linie stellt die Mitte des europäischen Friedens dar. In den Grenzen unseres direkten Wirkungsbereiches ist es uns gelungen, diese Linie wirkungsvoll zu verankern.

„Times“ zu den Warschauer Besprechungen

London, 2. April.

Die „Times“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Beginn der Warschauer Besprechungen. In dem Artikel heißt es, Edens Besuch in Warschau sei wahrscheinlich der wichtigste Teil seiner Sendung. Der Besuch in Moskau sei bedeutsam und erfolgreich gelaufen, aber die Haltung Sowjetrusslands gegenüber den jetzigen europäischen Fragen sei bekannt gewesen. Der östliche Sicherheitspakt sei ja nun einmal der Mittelpunkt der jetzigen Verhandlungen. Sowjetrussland sei als einer seiner Urheber natürlich vor allem Berater für ihn, Polen dagegen habe bisher dem Vorschlag beharrlich widersteht. Eine erhebliche Entgegnung stellt es dar, wenn „Times“ dann fortfährt, „im Gegensatz zu Deutschland seien die Beweggründe Bolens nicht dem Verdacht ausgesetzt, daß es sich eine Bahn für eine Ausdehnung in östlicher Richtung“ offen zu halten suche. Polen gehöre nicht zu den Ländern, die glauben, daß ihnen Gebietsstücke geraubt worden seien, die ihnen rechtmäßigerweise gehörten. Bolens Widerstand gegen den Sicherheitspakt gründe sich daher auf den Wert des Vorzuges und die eigene geographische Lage. Bolens Gründe seien, wie auch die Deutschlands, der ernstester Ermüdung wert.

Polens Stellung in Europa mache es zu einer breiten Brücke zwischen zwei mächtigen Nachbarn im Westen und im Osten. Wenn unglücklicherweise Krieg ausbrechen sollte, so würde er so gut wie sicher auf polnischen Gebiet ausgefochten werden. Ueberdies würde Polen den Einmarsch deutscher oder sowjetrussischer Truppen auch dann nicht begrüßen, wenn sie als Verbündete kämen als Feinde kämen, denn in beiden Fällen würden sie das Land schwerlich wieder verlassen, ohne einen Preis in Form von Gebietsstücken erhalten zu haben. Deshalb gäbe Marshall Billigkeit ebenso wie Deutschland einfachen Nichtangriffspakt vor. Pakt vor Pakt sei der interessanteste Ergebnisse der Reise Edens werde daher sein Bericht über die Haltung Bolens gegenüber dem vorliegenden Disput sein, ob das Mißfallen des Marschalls Pilsudski irgendwem überwinden worden ist, oder ob er eine Veränderung oder einen anderen Weg vorschlagen könne.



Fritz Reinhardt.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium in Berlin, auf den die großen sozialen Steuerprogramme zurückgehen, bezieht am 3. April seinen 40. Geburtstag. 1928 wurde Reinhardt Gauleiter des Gauess Oberbairern der NSDAP, 1930 Amtsleiter der Reichsleitung der NSDAP. Seit 1930 ist er Mitglied des Reichstages.

Der Führer besucht das Deutsche Museum in München.

Der Führer und Reichsfinanzminister hat am Montagmorgen in Begleitung des Gauleiters Staatsministers Adolf Wagner dem Deutschen Museum in München einen Besuch ab. Unter der Führung des Vorstandes des Deutschen Museums, des Verlegers Hugo Bruckmann, besichtigte der Führer zunächst den nach im Ausbau befindlichen Völkermuseum des Deutschen Museums und hierauf in dessen Lehrbau einige Abteilungen, und zwar jene für Schiffbau, Luftschiffahrt und Motorenbau.

Gauleiter Forster: Wir wollen Versöhnung mit allen, die guten Willens sind und bieten ihnen die Hand zur Zusammenarbeit.

Nicht kleinliche Rache und Zerrissenheit ist unsere Losung, sondern Gemeinschaft aller Volksgenossen durch großzügige Versöhnung.

Auf die Frage des Reichspropagandachefs, warum diese Volkstagswahl herbeigeführt werde, betonte Gauleiter Forster: Wir machen diese Wahl, weil die gesetzmäßigen Parteien in Danzig uns fortgesetzt in unerträglicher und ungerechtfertigter Weise beim Volkshandeln und nützen und der Regierung, die von uns getragen wird, die Arbeit erschweren.

Wir haben uns zu dieser Wahl entschlossen, damit man nicht weiterhin sagen soll, wir hätten ein Willkürregiment aus und sähen zu Unrecht in der Regierung.

Auf die schamlosen Verleumdungen der Gegner der NSDAP, weiter eingehend, erklärte Forster: Wir haben es nicht nötig, mit Terror die Danziger Bevölkerung zum Nationalsozialismus zu überzugen. Das Gegenstück dazu, unsere Gegner sind es, die durch Terror die ihnen fehlenden geistigen Argumente ersetzen möchten. Das beweisen die kirchlichen Vorfälle, die Verhaftung von 1500 erblich erblichen Sozialdemokraten. Wir bedürfen solcher Mittel nicht, denn der Einfluß der nationalsozialistischen Idee ist schon heute in Danzig so groß, daß er in jede Familie hineinreicht und jeden Betrieb durchdringt.

Vor den Volkstagswahlen in Danzig

Die NSD. meldet: In der Öffentlichkeit, vor allem auch des Auslandes, sind irreführende Auffassungen verbreitet worden über Sinn und Bedeutung der Danziger Volkstagswahlen am 7. April. Um die Unrichtigen, welche die NSDAP. mit den Danziger Wahlen verfolgt, einmal klar und unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen, nahm der Reichspropagandachef der NSDAP, Dr. Dietrich, in einer Unterhaltung mit dem Danziger Gauleiter, Albert Forster, Gelegenheit, die aktuellen Fragen dieser Wahl im einzelnen durchzusprechen.

Reichspropagandachef Dr. Dietrich wies zunächst darauf hin, daß seitens der Danziger Splitterparteien stark mit dem Argument gearbeitet werde, die Nationalsozialisten wollten nach der Wahl, wenn sie die Zweidrittelmehrheit erhalten, eine Verfassungsänderung in Danzig durchzuführen. Gauleiter Forster antwortete darauf: „Unsere Gegner machen sich zur Belebung ihrer Wahpropaganda offenbar Sorgen über Dinge, die uns Nationalsozialisten noch gar nicht beschäftigen.“

Für uns kommt es bei dieser Wahl darauf an, die wahre Volkseinstimmung in Danzig zu ermitteln.

Wir wünschen nichts anderes, als die Stimme unserer Volkstagsmitglieder so weiterzuführen, wie wir sie vor zwei Jahren zum Wohle Danzigs und in Übereinstimmung mit den Verträgen bekommen haben.“

Dr. Dietrich: Wie stehen die Danziger Nationalsozialisten vor Barock, zurück zum Reich!, die der Danziger Bevölkerung in gewissen Kreisen des Auslandes verübelt wird? — Gauleiter Forster: Wir in Danzig können die Verträge nicht ändern. Aber ebensowenig können wir wollen wir dem deutschen Führer und den Denkern unserer Volksgenossen in Danzig Hemmnisse bereiten.

Der Ruf „Zurück zum Reich!“ ist Ausdruck innerster Sehenswünsches der Danziger Bevölkerung in ihrer tiefen Verbundenheit mit deutschem Volkstum und deutscher Kultur.

Dr. Dietrich: Man spricht von der Unversöhnlichkeit der Nationalsozialisten gegenüber ihren ehemaligen Gegnern nach der Wahl. Man behauptet, daß sie Gefühle der Rache hegen gegen alle, die sozialdemokratisch oder sonstwie gewählt haben. Wie ist Ihre Meinung als verantwortlicher Gauleiter dazu?